

Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt vom 13.05.2025

zur Namensänderung Grundschule an der Lessingstraße und zur Videoüberwachung im Viertel

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:28 Uhr

Anwesenheit:

Beirat Östliche Vorstadt	Partei	Teilnahme
Harald Klussmeier	GRÜNE	v
Désirée Schwindenhammer		v
Carola Schirmer		v
Alexandra Werwath		v
Rainer Ballnus	SPD	v
Janne Herzog		v
Anke Kozlowski		v
Bianca Wenke		v
Nils Hesse	LINKE	v
Helmut Kersting		v
Birgit Menz		v
Annika Port		----
Christian Lüëße	CDU	v
Peter A. Kadach		v
Georg-Christoph von Heusinger	FDP	v
Aaron Teckemeier	Die PARTEI	----
Stefan Schafheitlin-Derstadt	Leben im Viertel	v

Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt	Funktion
Astrid Dietze (Ortsamtsleitung)	Sitzungsleitung
Dietze (Ortsamtsleitung)	
Henrike Neuenfeldt	Protokoll
Dominik John	Technik

Gäste	Funktion
Britta Bischoff	Grundschule Lessingstraße / Schulleitung
Früd Hinrichsen	Senator Inneres
Derk Dreyer	Polizei Bremen
Holger Fränzel	Polizei Bremen

Vorsitz

Astrid Dietze
(Ortsamtsleitung)

Sprecherin Beirat Östl. Vorstadt

Carola Schirmer
(Beiratssprecherin / Die Grünen)

Protokoll

Henrike Neuenfeldt
(Ortsamt Mitte / ÖV)

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung	3
2. Schule Lessingstraße – Namensänderung	3
3. Vorstellung Konzept zur polizeilichen Videoüberwachung	4
4. Fragen, Wünsche, Anregungen aus der Bevölkerung.....	16
5. Verschiedenes.....	16

1. Genehmigung der Tagesordnung

Carola Schirmer (Beiratssprecherin / Die Grünen) Schirmer (Beiratssprecherin) leitet die Veranstaltung ein und stellt Astrid Dietze (Ortsamtsleitung) als neue Ortsamtsleitung des Ortes Mitte / Östliche Vorstadt vor.

Astrid Dietze (Ortsamtsleitung, nachfolgend OAL) begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung wird genehmigt.

Peter Kadach erklärt, dass er etwas unter Verschiedenes anzumerken habe.

Astrid Dietze (Ortsamtsleitung) begrüßt Christan Lueße im Beirat und erklärt, dass Klaus-Peter Jonitz verstorben sei und Christian Lueße nun nachrücke. Auch sei Karin Steiger verstorben (Sachkundige Bürgerin LiV). Sie drückt Ihr Beileid aus.

2. Schule Lessingstraße – Namensänderung

Astrid Dietze (Ortsamtsleitung) begrüßt Britta Bischoff, Schulleitung der Grundschule Lessingstraße.

Frau Bischoff stellt sich vor. Die Schule sei ca. 150 Jahre am derzeitigen Gebäude. Nun stehe ein Wechsel bevor. Die Schule würde größer und vierzünftig sowie W+E-Standort, d.h. sie werde Kinder mit Wahrnehmungs- und Entwicklungsstörungen aufnehmen. Im Sommer stehe der Umzug ins neue Gebäude bevor, in die gegenüberliegende ehemalige Augenklinik an der St.-Jürgen-Straße. Da die Schule damit nicht länger an der Lessingstraße liege, soll sie nun umbenannt werden. Es solle nun nicht ein Straßename sein. Die Beteiligten, Mitarbeiterinnen, Eltern hätten sich auf die Suche nach einem neuen Namen gemacht. Alle Ideen seien anschließend von der Schulkonferenz einstimmig beschlossen sowie und dem Beirat vorgestellt worden. Nach Zustimmung durch den Beirat geht der Vorschlag in die Deputation und den Senat. Am 15.09.25 findet die offizielle Eröffnung mit Senatorin Aulepp statt.

Zum Auswahlverfahren erklärt Frau Bischoff, dass Schulnamen Ortsbezug haben müssen oder den Namen einer Person tragen könnten. Favorit war erst Schule am Weserbogen, der dann aber aufgrund der Entfernung zum Weserbogen wieder

verworfen worden sei. Alternativ hat sich die Schule für den Namen Tove entschieden. Tove Jansson hat gelebt von 1914-2001. Sie war eine finnische Schriftstellerin, Illustratorin und Erfinderin u.a. der Mumins. Poster der Werke von Tove Jansson werden gezeigt. Tove Jansson stehe für Zusammenhalt, Toleranz und Fantasie. Ihre Welten seien phantastisch, bunt und würden einladen, friedlich miteinander zu leben. Sie steht für Vielfalt und Offenheit, was gut zum neuen Standort passe. Tove Jansson sei auch eine queere Frau gewesen. Dies solle gewürdigt werden. Kreative Aspekte, Bilder und Figuren könnten perfekt in das Schulleben eingepasst werden. Frau Bischoff lädt alle Beiräte ein, sich die Schule einmal anzusehen.

Carola Schirmer (Beiratssprecherin / Die Grünen) bedankt sich für den Vortrag.

Janne Herzog (Beiratsmitglied / SPD) bedankt sich für den breiten Beteiligungsprozess. Sie begrüßt den personenbezogenen Namen und die Person Tove Jansson, eine queere Frau ausgewählt wurde.

Peter Kadach (Beiratsmitglied CDU) fragt, ob es auch die Überlegungen gegeben habe, den Namen Lessing weiterzuführen.

Britta Bischoff (Schulleitung) sagt, Kinder könnten mit dem Namen heute nicht mehr viel anfangen, gerade in dem Alter. Daher habe man sich für einen neuen Namen entschieden.

Astrid Dietze (OAL) bedankt sich. Die Stellungnahme des Beirats werde morgen an die Bildungsbehörde gesendet.

3. Vorstellung Konzept zur polizeilichen Videoüberwachung

Astrid Dietze (OAL) begrüßt Früd Hinrichsen und übergibt an Carola Schirmer (Beiratssprecherin / Die Grünen).

Carola Schirmer (Beiratssprecherin / Die Grünen) leitet in das Thema ein. Sie erinnert an die Sitzungen im Herbst 2023. Thema Sicherheit am Sielwall. Das Thema sei umfassend besprochen worden. Bürger*innen, Anwohnende und Geschäftsleute hätten die Möglichkeit gehabt sich zu äußern. Am Ende habe der Beirat einen

Beschluss gefasst mit 10 Punkten, u.a. habe man Maßnahmen für den Ziegenmarkt gefordert. Nachzulesen sei dies alles in Beschlüssen 2023

<https://www.ortsamtmitte.bremen.de/beirat-oev/beschluesse-2079>

Unter anderem sei beantragt worden, dass das Awareness-Team weiter eingesetzt werden solle, eine Sperrung des Sielwall-Ecks am Wochenende, die Prüfung einer Waffenverbotszone, die auch eingerichtet worden sei. Es sei ein kürzeres Intervall für Straßenreinigung gefordert und eingeführt worden. Weiterhin habe man gefordert, dass es eine ständig ansprechbare Polizeipräsenz geben solle sowie eine bessere Beleuchtung in den Straßen. Erstes sei eingeführt worden, u.a. stehe eine mobile Wache auf dem Ziegenmarkt. Zudem würde in den kommenden Wochen eine aufgrund neuer Technik verbesserte und ausgeweitete Beleuchtung im Fehrfeld und Bereich Fesenfeld sowie am Ziegenmarkt eingerichtet. Zudem habe sich Senator Mäurer zur Videoüberwachung geäußert, deren Einrichtung geprüft werden sollte. Heute nun würde das Konzept vorgestellt.

Früd Hinrichsen stellt sich vor und gibt einen kurzen Abriss zum Konzept. Aktuell handele es sich noch um eine Planung. Die Parameter seien erfüllt, der Datenschutz wird laufend mit einbezogen, würde aber erst am Ende zum finalen Konzeptes um Stellungnahme gebeten. Der aktuelle Stand sei ein Baustein eines Gesamtkonzeptes, der Polizei, um mehr Sicherheit zu erzeugen. Der andere Teil sei die Präsenz, die Streife etc. Die Videoüberwachung sei der letzte Schritt zur Vervollständigung. Die Umsetzung sei kostenintensiv. Grund wären die Einrichtungskosten, die Technik sowie die Manpower. Videoüberwachung sei präventiv, als Abschreckung und zur Verhinderung von Straftaten. In einem zweiten Schritt sei sie aufklärend. Da eventuelle Straftäter eindeutig zur Beweisführung herangezogen werden könnten und so Straftaten aufgelöst werden könnten. Daten würden erhoben und analysiert. Das mache der Senator laufend. Aufgrund der Daten von 2022 – 2024 fand eine Auswertung statt. Es sei festgestellt worden, dass Vor dem Steintor 1 – 97 und im näheren Umfeld (Helenenstraße, Ziegenmarkt etc.) eine Konzentration der Straftaten festzustellen sei. Das Einbruchsradar sei ein Beispiel dafür, es würde angezeigt, wo in Bremen in einer bestimmten Zeit viele Einbrüche stattgefunden hätten. Schwerpunkte seien am Sielwall, Vor dem Steintor, im Bereich der Straße Fehrfeld/Ziegenmarkt. Teilweise handele es sich dabei vorwiegend um Betäubungsmittelkriminalität, was aber auch bekannt sei. Am Sielwall-Eck gebe es vorrangig Gelegenheitstaten. Insbesondere Diebstähle, aber auch Raubdelikte.

Am Ziegenmarkt stelle man dann eher Gewalttaten, Raub mit Gewalt etc. fest. Das habe unterschiedlichste Gründe. Alles habe auch mit Beschaffungskriminalität zu tun. Zudem gebe es dort viele Geschäfte. Im nächsten Schritt würde nun geguckt, was machbar sei. Neben Gröpelingen und dem Bahnhofsvorplatz in Vegesack habe man das Viertel für eine Überwachung ausgewählt. Für eine Ausweitung seien aktuell die finanziellen Mittel nicht da. Es müsse auch genau auf die Ausrichtung der Kameras geguckt werden. Sie dürften z.B. nicht in Wohnungen ausgerichtet sein. Am Ende habe man sich für eine Videoüberwachung am Ziegenmarkt entschieden. Es gebe vier Standorte für Kameras, sie reichten von Brunnenstraße bis Ziegenmarkt und fast bis zur Ritterstraße. An drei Masten am westlichen Ende der Straße je eine Kamera in eine Richtung sowie an einem weiteren Mast drei Kameras bzw. eine Kamera mit drei Objektiven. Technisch sei dies alles möglich. Nun würde man prüfen, wo man diese anbringen könne, z.B. an Obermasten der BSAG.

Als Unterstützung seien heute Herr Dreyer und Herr Fränzel dabei. Zusätzlich sei eine Kontaktsäule geplant. Diese solle Menschen helfen, die sich in einer Konfliktsituation befänden und Hilfe benötigten. Die Säulen gebe es auch am Bahnhof, sie sollten vor allem von Hilfesuchenden angenommen werden. Sie würden direkt in die Zentrale der Polizei schalten. Es komme dann 24 / 7 sofort Hilfe. Die Polizei habe bei einem Hilferuf sofort eine Ansicht auf die Person.

In einem weiteren Schritt müsse Inneres noch beraten und die Deputation der Überwachung zustimmen. Gleichzeitig solle der Beirat rechtzeitig mit ins Boot geholt werden.

Helmut Kersting (Beirat / Die Linke) begrüßt die Anwesenden, stellt sich vor und bedankt sich für die Konzeptvorstellung. Er verstehe nicht, warum dem Beirat das Konzept in dieser Phase vorgestellt würde. Laut Koalitionsvertrag sollten einige Haltestellen überwacht werden. Nun würde hier die Brunnenstraße genannt. Komme es, weil sie in der Mitte des Steintors liege? Habe es was damit zu tun, dass die Schwerpunkte im Fehrfeld und Ziegenmarkt liegen. Und nun auch noch der Ziegenmarkt. Das sei im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Zudem koste es ca. 200.000 € und auch die Videoüberwachungszentrale müsse ausgebaut werden. Kosten ca. 500.000 €. Woher komme das Geld? Zudem habe es geheißen, dass der Datenschutzbeauftragte erst am Ende einbezogen würde. Was sei, wenn der dann feststelle, dass es so nicht gehe. Dann sei das ganze Geld in den Sand gesetzt. Er habe zudem geguckt, welche Auswirkung eine Videoüberwachung habe. Fazit, es

werde eine Verdrängung zu beobachten sein, u.a. in die Seitenstraßen. Dazu habe er hier nichts gehört. Eventuell erfolge eine höhere Aufklärung. Aber eine Verhinderung von Straftaten werde darunter bei den Effekten nicht genannt. Er fragt, warum dieses Konzept, dass er ohne Basis bezeichnet, hier umgesetzt werden solle.

Desiree Schwindenhammer (Beirat / Die Grünen) sagt, alle begrüßen, dass sich die Polizei mit diesem Konzept beschäftigt. Warum liege bei den hohen finanziellen Kosten ein Fokus auf der Haltestelle. Warum würde vermehrt auf Kameras gesetzt, anstatt auf Videokontaktsäulen, ggf. mit Kameraunterstützung. Sie bittet um Erläuterung, wie es zu dieser Priorisierung gekommen sei.

Alexandra Werwath (Beirat / Die Grünen) schließt bei den Videokontaktsäulen an. Sie fragt nach den Erfahrungen am Hauptbahnhof. Man könne sehen, dass im Bereich Sielwall/Fehrfeld mehr Straftaten begangen würden und wieso dann die Kameras am Ziegenmarkt aufgestellt würden. Weiter fragt sie nach der Verdrängung und wie die Polizei damit umgehen wolle. Schon heute hieße es, dass es zu wenig Personal gebe. Würden dann immer noch Fußstreifen durch das Steintor laufen? Und wie wolle die Polizei damit umgehen, dass sich die Straftaten bereits jetzt Richtung Humboldtstraße ziehen. Sie würde auch sehen, dass sich die Straftaten in den vergangenen Jahren so erhöht hätten und ob für die Zukunft eine Ausweitung in andere Bereiche wie Ostertor gedacht sei?

Carola Schirmer (Beiratssprecherin / Die Grünen) fragt zu den Verdrängungseffekten, und ob es bei den Kameras Audioaufnahmen geben würde. Sie fragt nochmal nach der Anzahl der Objektivs, zwanzig an vier Standorten (Masten)?

Früd Hinrichsen antwortet darauf, dass es nicht um 500.000 € sondern um 300.000 € gehe. Davon seien 50.000 € bereits für das Projekt vorgesehen gewesen. Die Haushaltssperre würde hierfür aufgehoben. Es würden 100.000 € freigesetzt. Zudem würden Mittel freigesetzt in Höhe von 200.000 €, die durch eine nicht benötigte Software freigesetzt würden. Die Polizei hätte gerne auch andere Bereiche mit Kameras ausgestattet. Aus finanziellen Gründen sei das aktuell leider nicht möglich, z.B. Am Dobben und am Sielwall.

Der Datenschutz sei von Beginn an mitgenommen worden. Abschließend werde er eine Stellungnahme abgeben. Seitens des Datenschutzes seien derzeit keine Hürden

zu erwarten. Man habe zudem Erfahrungen mit bisherigen Videoüberwachungen gemacht, wie z.B. auf dem Freimarkt und dem Weihnachtsmarkt. Für den Bereich Gröpelingen gebe es bereits eine Kurzevaluation, die aus Sicht der Polizei und des Beirats nicht aussagekräftig genug sei. Man erwarte jedoch einen positiven Effekt. Besonders die Gewerbetreibenden und die Befragten sagten, dass sie Effekte spüren. Bezüglich der Haltestellen würde geguckt, welche in Frage kommen. Die Brunnenstraße gelte als Artefakt, weil sie die Mitte der Straße vor dem Steintor sei. Hier sei die Kamera 6 und ein weiterer Mast geplant. Es sei wichtig für mögliche Fluchtwege und um auch Aufnahmen von vorne zu bekommen. Viele Kameras sorgten zudem für ein scharfes Bild.

Videokontaktsäulen würden nur Sinn machen im Zusammenhang mit Kameras. Hier sei die Sichtachse die Augenhöhe. Man sehe also nur, wer unmittelbar danebenstehe, nicht aber, wer daneben, davor oder im Umkreis stehe. Zudem gebe es hier viel Vandalismus, zugeklebte Linsen etc. und viel Missbrauch durch unnötiges Betätigen. Trotzdem seien sie wichtig für Menschen mit Angst. Sie ergänzten die Videoüberwachung, seien aber alleine nicht ausreichend. Und nicht viel besser als ein Handy.

Ein Verdrängungseffekt sei aus polizeilicher Erfahrung im Betäubungsmittelbereich zu erwarten. Hier würden die Dealer aufgesucht. Gewalttäter seien auf spezielle Bereiche angewiesen, wie z.B. Raubtaten. Es seien eher hochfrequentierte Bereiche gefragt. Ein Ausweichen in Seitenbereiche sei eher als unwahrscheinlich einzustufen. Die Polizei werde auch hier weiter mit Fußstreifen unterwegs sein und natürlich mit der mobilen Wache vor Ort stehen.

Georg Christoph Heusinger (Beirat / FDP) erklärt, es gebe viele Gespräche wegen mehr Sichtbarkeit. Der Beirat schätze alle Bausteine und die Zusammenarbeit. Nun gehe es um eine neue Möglichkeit. Für ihn wäre es schön, wenn die Polizei nach der Sitzung der Deputation wiederkomme und wann gestartet werden könne. Wichtig sei ihm, dass sichergestellt sei, dass danach eine Umsetzung stattfinde.

Früd Hinrichsen nimmt die Einladung gerne an. Die Umsetzung sei das Ziel, noch sei nicht viel Geld für Planung ausgegeben worden. Nun gehe es in die Deputation und dann würden die Details ausgearbeitet.

Anke Kozlowski (Beirat / SPD) erklärt, sie begrüße es sehr, wenn die Videoüberwachung komme. Sie erinnert an das Thema Volkszählung. Man habe sich damals umfassend mit dem Thema beschäftigt. Es werde nicht nur aufgezeichnet, sondern auch angeschaut. Entsprechend könne auch ein schneller Zugriff erfolgen. Es sei eine aktive Geschichte, nicht nur passiv. Es sei auch wichtig für die Opfer, dass die Täter schneller gefasst würden. Dafür scheine die Videoüberwachung auch gut geeignet zu sein. Sie fände, das Sicherheitsempfinden könne nicht klein geredet werden. Gleichzeitig wünsche sie sich eine Drogenhilfestrategie, eine Unterstützung für Menschen, die schwere Alkohol- und Drogenprobleme hätten. Die bräuchten Bänke und Wasser. Auch für Jugendliche halte sie die Videoüberwachung für wichtig. U.a. wegen Cat-Calling. Im vorderen Bereich der Helenenstraße, wo die Kontaktsäule hinkommen solle, höre sie, dass die Frauen eine Überwachung begrüßen würden. Für das Fehrfeld schlage sie vor, dass im vorderen Bereich der Ort attraktiver gemacht werden sollte, für Leute, die sich dort normal aufhalten wollten.

Rainer Ballnus (Beirat / SPD) sagt, dass alle wüssten, dass Kameras nicht alle Probleme lösen würden, sondern nur ein Modul seien, das u.a. durch Präsenz verstärkt werden müsse. Er macht deutlich, dass es hier nur um einen schmalen Streifen gehe und nicht das ganze Viertel überwacht werden solle. In einem Jahr habe es 2100 Delikte gegeben. Da ginge es um Raub, Diebstahl und Körperverletzung. Das könne man sich ja mal auf einen Tag runterrechnen, was das bedeute. Die Kameras seien nicht bedeckt, sie seien gut sichtbar und kein Geheimnis. Sie guckten auch nicht in Wohnungen hinein. Der Datenschutz würde zudem nicht ausgehebelt, vielmehr sei er die ganze Zeit bereits beteiligt. Was die Verlagerung angehe, könne man denken, dass die alle nur zwei Straßen weitergingen. Aber so sei es nicht. Die Studien sagten vielmehr, dass es keine signifikante Verlagerung gebe. Vielmehr würde die Gefahr auch in den Nebenstraßen geringer werden. Am Hillmannplatz sei z.B. die Kriminalität deutlich zurückgegangen. Auf dem Freimarkt habe es dann keine registrierte Straftat gegeben. Das Entdeckungsrisiko sei einfach höher, wenn eine Kamera da sei. Zu den Kosten: es handele sich um 300.000 € Investitionskosten, einmalige Kosten. Die Leitstelle werde aufgerüstet, die laufenden Kosten lägen pro Jahr bei ca. 28.000 €. Die könnte man auch für was Anderes ausgeben. Aber hier seien sie für 24/7 an 365 Tagen gut angelegt. Abschließend fragt er, wie die weiteren Maßnahmen, neben der Videoüberwachung aussehen würden.

Bianca Wenke (Beirat / SPD) berichtet, dass sie neulich einen Fahrraddiebstahl beobachtet und gemeldet habe. Die Polizei habe den Fall aufgrund der Videoüberwachung gleich aufklären können. Sie fragt, ob das durch Schilder noch sichtbar gemacht würde.

Dies bejaht Früd Hinrichsen.

Frau Wenke erklärt, sie freue sich, dass der Beirat im Vorfeld so eingebunden werde und fragt, ob das auch auf der Webseite der Polizei so dargestellt werde, z.B. die Länge der Datenhaltung etc. Für den Bereich Fehrfeld und Am Dobben wüsste sie gerne, welche Maßnahmen da mitgedacht würden. In diesen Bereichen fände ja viel Drogenhandel statt. Sie fragt, wie man der zu erwartenden Verstärkung des Drogenhandels hier begegnen wolle?

Peter Kadach (Beirat / CDU) begrüßt das Projekt, das die CDU schon seit vielen Jahren gefordert habe und er freue sich auf den Start des Projektes. Den Skeptikern werde hier gezeigt, dass sich niemand davor fürchten müsse. Er sehe die Videoüberwachung als wichtigen Teil der Sicherheit im Viertel an.

Stefan Schafheitlin (Beirat / LiV) erklärt, auch er begrüße es, dass nach der Ankündigung im Oktober 2023 nun der zweite Schritt mit dem Vorlegen des Konzeptes vollzogen würde. Es ist seitdem viel Zeit vergangen. Im Bereich des Bahnhofs sei es viel schneller gegangen. Da hätte er sich die gleiche Geschwindigkeit fürs Viertel gewünscht. Er sehe einen Widerspruch. Wieso stelle man die Kameras in dem Bereich, wo nicht viel los sei? Zur Verdrängung fragt er, ob die Polizei das nach Aufstellung der Kameras mit einer Verdrängung der Streifenpolizisten rechne.

Früd Hinrichsen (Senator für Inneres) antwortet, dass die Streifen flexibel seien. Im Bereich Bahnhof gebe es auch Hybridstreifen. Die bewegten sich im überwachten Bereich und in den Nebenstraßen. Sie reagierten auch auf aktuelle Beschwerden von Anwohnenden, das heißt, gingen dann auch in Straßen, zu denen sie angefordert würden. Im Bereich Steintor seien die Wege ja glücklicherweise kurz. Zur Kameraaufstellung erklärt er, dass man gewisse Kamerawinkel benötige, um z.B. Gesichter und Kleidung identifizieren zu können. Entsprechend habe man die Kameras aufgestellt und die geballte Kamerastärke ausgewählt.

Astrid Dietze (OAL) erinnert an die Frage nach weiter geplanten Maßnahmen, z.B. gegen die Verlagerung der Dealer-Szene.

Früd Hinrichsen sagt, die Polizei gehe im Moment nicht von Verdrängung aus. Das sei mit Kameras schwer einzufangen. Für den Fall seien jedoch weiterhin viele Kollegen, auch in zivil, am Ort unterwegs. Problematisch seien die Handelsbeziehungen. Es reiche nicht, wenn man was sehe, man benötige auch das Handelsgut, Zeugen etc. Betäubungsmitteldelikte seien kaum beobachtbar und somit so schwer aufdeckbar. Bei allen anderen Delikten gehe er nicht von Verdrängungseffekte aus. In Sachen Poller und Strategie sagt er zu, dies nochmal mitzunehmen. Es gebe dazu auch Gespräche mit dem ASV.

Helmut Kersting (Beirat / Die Linke) fragt nach dem Summenschlüssel. Was seien sonstige Delikte, die etwa ein Viertel ausmachen.

Früd Hinrichsen erklärt, dazu zählten u.a. Fahren ohne Fahrerlaubnis, Bedrohung und Zwangsprostitution etc.

Astrid Dietze (OAL) eröffnet die Fragerunde für die Anwesenden und erklärt, dass die Redezeit zwei Minuten nicht überschreiten solle.

Peter Böhme (Sachkundiger Bürger / LiV) fragt,

1. welche Erfahrungen das OA West habe zum Thema Verdrängung,
2. Wie es stehe um die Versammlungsfreiheit und
3. ob die Realisierung doch erst in 2026 zu erwarten sei?

Weiterhin fordert er den Beirat auf, sich des Themas anzunehmen, da dies nur ein Teil des Gesamtkonzeptes sei. Er fragt, wie der Beirat noch etwas beitragen könne, z.B. mit Beleuchtung etc. Er wünscht sich eine Beiratssitzung zum Thema Gesamtentwicklung des Beiratsgebietes.

Ein Bürger, auch von LiV, erklärt, er wohne in der Prangenstraße. Er fragt, ob es normal sei, dass es in den letzten Jahren hier vier Brände gegeben habe und in den letzten zwei bis drei Jahren in den Geschäften Substanzen in die Schlösser geschmiert worden wären.

Ein Bürger erklärt, er habe mehrere Gebäude im Steintor und fragt, ob es bekannt sei, dass die Schilder und Klingeln angekockelt würden. Es seien erhebliche Schäden entstanden und das Ganze sei sehr kostenintensiv.

Martina Geffken, Filialleiterin der Bäckerei Weymann, Vor dem Steintor erklärt, sie und andere Geschäftsleute hätten Besucher, Touristen etc. befragt, ob diese sich im Viertel am Tage und in der Nacht wohlfühlten. Aufgrund der Gespräche hätten sie sich als kleine Gruppe zusammengeschlossen und eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen. Es seien über 1000 Unterschriften inzwischen gesammelt worden, die sie heute übergeben wolle an den Beirat. Außerdem habe sie einen Bürgerantrag geschrieben. Sie habe den Fokus auf Menschen und wundere sich warum hier in Deutschland so wenig Geld in die Sicherheit von Menschen investiert würde.

Eine Geschäftsinhaberin sagt, die meisten Leute hätten nichts gegen eine Videoüberwachung. Ihre Kunden hätten Angst und blieben weg. Sie sei hier seit 12 Jahren im Viertel mit ihrem Laden. Und jetzt müsse was passieren.

Astrid Dietze (OAL) berichtet, dass sie mit der Kollegin in West gesprochen habe. Von dort gebe es positive Rückmeldungen zu der Maßnahme. Eine abschließende Evaluierung liege allerdings nicht vor.

Früd Hinrichsen erklärt zu den Versammlungen, dass im Viertel genauso wie am Bahnhofplatz auf den Schildern stehen würde, dass eine Videoüberwachung stattfinde. Der Versammlungsleiter kommuniziere mit der Polizei, die ja auch immer vor Ort sei. So würde das hohe Gut der Versammlungsfreiheit gewährleistet. Zum Zeithorizont sagt er, dass es nicht nur Personalmangel gebe, sondern auch die Firmen stark ausgelastet seien. Da habe die Polizei leider keinen Einfluss auf die Geschwindigkeit der Umsetzung.

Anke Kozlowski (Beirat / SPD) erklärt zur Frage von Peter Böhme zum Thema Stadtentwicklung, dass das Thema noch gesondert besprochen werde und dann auch geklärt werde, in welcher Form bzw. welchem Ausschuss es im Beirat behandelt werden solle.

Derk Dreyer (Polizei Bremen) äußert zur Frage nach den Beschädigungen an den Klingelanlagen, dass diese Thematik ihm neu sei. Die Verschließung der Schlösser mit Klebstoff sei hingegen bekannt. Da habe die Polizei einen Täter fassen können. Zum Thema Klingelanlagen werde er Erkundigungen einholen. Die Polizei sei mit

Präsenzkräften aktiv, es gebe Kontrollen und man versuche den Bereich über kurzfristige Kontrollmaßnahmen zu befrieden. Es gebe auch einen engen Austausch mit der Sicherheitspartnerschaft, u.a. was das Thema Beleuchtung etc. angehe.

Maria Busch (Sachkundige Bürgerin / LiV) erklärt, LiV setze sich dafür ein, dass auch in Bremen das nordische Modell eingeführt werde. Sie fragt, warum in der Helenenstraße keine Kameras aufgestellt würden und sagt, sie hoffe gleichzeitig, dass das die Freier abschreckt. Weiterhin fragt sie bezüglich der Zuhälter, ob das auch mit den Kameras abgedeckt sei?

Früd Hinrichsen antwortet hierzu: Hier gebe es nur einen Ausgang. Im Konzept seien auch farbige Kästchen aufgeführt. Es gebe hier keine richtige Fluchtmöglichkeit, außer in die Häuser hinein. Wenn dort eine Kamera stehe, habe man eine Überwachung der gesamten Kundschaft. Er wolle sich hier nicht auf Glatteis begeben. Er weist darauf hin, dass eine Fläche von 0,004 qm überwacht würde. Insgesamt würde 0,1 Prozent der Fläche der Stadt von Kameras überwacht werden (bezogen auf staatliche Überwachung, nicht mitberechnet private Überwachungen).

Margitta Zallmann (Sachkundige Bürgerin / Die Grünen) sagt, für sie sei der Präventionsaspekt wichtig. Sie fragt nach empirischer Belegbarkeit der Aussagen und ob die Verhinderung von Straftaten durch Videoüberwachung empirisch belegt sei? Ob es Studien gebe, die eine möglicherweise verbesserte Prävention eindeutig auf Videoüberwachung zurückführen könne und nicht auch auf andere gleichzeitig stattfindende Maßnahmen, wie z.B. die Ankündigung von Überwachung oder verstärkte Polizeikontrolle?

Früd Hinrichsen erklärt, dass Prävention schwer messbar sei. Es werde immer ein gewisses Dunkelfeld geben, gerade in Bereichen, wo Menschen feiern gingen sei es oft nicht eindeutig, ob ein Diebstahl stattgefunden habe oder das Telefon z.B. verloren gegangen sei. Die Polizei verlasse sich jetzt z.B. auf die Rückmeldungen aus dem OA West und auf die Aufklärungszahlen der Straftaten. Gleichzeitig gebe es eine Evaluation. Im Ganzen sei es jedoch schwer messbar.

Ein Bürger weist auf den letzten Brand in der Brunnenstraße hin. Da seien auch die Klingeln abgepackelt worden.

Derk Dreyer (Polizei) seien tatsächlich keine Häufung von Branddelikten im Viertel bekannt, er nehme das Thema aber nochmal mit.

Derk Dreyer (Polizei) ergänzt, dass jeweils die Rahmenbedingungen des Ortes berücksichtigt werden müssten. Klar sei, dass bestimmte Straftäter die Gegenden nach Einrichtung einer Videoüberwachung vermeiden und nicht betreten würden. Andere hingegen wüssten genau, wo die Kameras hängen und würden dort nicht hingehen. Ein wichtiger Faktor sei, dass in der Nachphase einer Straftat ggf. die Täter beim kreuzen des Bereichs beobachtet werden könnten, obwohl die Tat dort gar nicht stattgefunden habe. Manche Kollegen würden auch Täter auf den Aufnahmen wiedererkennen, die sie aus anderen Straftaten kennen.

Helmut Kersting (Beirat / Die Linke) will klarstellen, es gehe ihm um Menschen und dafür ständen keine 500.0000 € zur Verfügung. Er habe sich nicht darüber ausgelassen, Videoüberwachung ja oder nein. Sondern was das für eine Zauberüberwachung sei. Sie würden als Linke sehr gerne mehr Geld für Menschen ausgeben.

Birgit Menz (Beirat / Die Linke) fragt, wie man denn weiterhin mit der Verlagerung umgehen wolle. Sie würden ja merken, dass sie beobachtet würden. Würde man dann die Kameras versetzen? Ihr fällt aber auch nichts ein, wie man dem begegnen könne.

Früd Hinrichsen antwortet, er sei bereits auf die Verdrängung eingegangen. Aus Sicht der Polizei gebe es bei allem, außer Betäubungsmitteldelikten, kaum Verdrängungseffekte. Daher gehe die Polizei nicht davon aus, dass sich Straftaten wie Körperverletzung etc. in andere Straßen verlege.

Karin Grafe (Sachkundige Bürgerin / Die Grünen) erklärt, sie mache nun einen kleinen Schlenker zurück. Es gehe um die Frage der Evaluation. Es spielten immer viele Faktoren eine Rolle, wenn es darum gehe, was die Videoüberwachung bringe. Sie fragt, ob man da auch die umliegenden Bereiche einbeziehen könne?

Früd Hinrichsen antwortet, es solle eine Wirkungsevaluation sein. Man habe ja auch laufende Kosten. Es würde geprüft, wann und wo die Straftaten seien. Es gehe um

den Bereich Humboldtstraße bis Prangenstraße, über die Sielwall-Kreuzung hinaus etc. Da gebe es bis zu 4000 Straftaten.

Birgit Menz (Beirat / Die Linke) erklärt, sie meine nicht eine Verlagerung in die Nebenstraßen, sondern in andere Stadtteile.

Derk Dreyer (Polizei) erklärt, dass das z.B. am Bahnhof bisher nicht vorgekommen sei.

Ein Bürger stellt die Frage zu den Kosten. Im Sommer habe es eine Anfrage der CDU zu den Kosten der Videoüberwachung gegeben. Da habe es geheißen, dass in der Leitstelle 7 Personen beschäftigt seien.

Peter Böhme (Sachkundiger Bürger / LiV) stimmt dem Bürger zu, dass eine mobile Wache zum selben Preis vielleicht von allen bevorzugt würde. Insgesamt gehe es aber um das subjektive Sicherheitsgefühl

Früd Hinrichsen erklärt, man habe gelernt, dass Menschen sich sicher fühlten, wenn der Streifenwagen einmal durchs Gebiet fahre. Bei dreimal würden die Menschen anfangen sich zu sorgen, sich unsicher zu fühlen. Junge Leute fühlten sich z.B. auch nachts im Viertel sicherer als ältere Leute. Die Überwachung erfolge aus Präventionsgründen und wegen der Strafverfolgung.

Es entstünden jährliche Kosten von 28.0000 €. Unterhaltungskosten, Übertragungskosten und Personalkosten seien noch nicht inbegriffen. Jeder Überwachungsstation sei eine bestimmte Anzahl an Steckplätzen zugeordnet. Bis zu sieben Menschen würden dort sitzen. Irgendwann würde immer der Punkt kommen, z.B., wenn bei einer Großveranstaltung noch mehr Kameras zu sichten seien, dann müsse da eine weitere Person sitzen. Der Freimarkt würde auch z.B. durch eine externe Firma abgedeckt.

Carola Schirmer bedankt sich und erklärt, der Beirat nehme das Konzept zur Kenntnis. Sie fragt nach, wann das offizielle Beteiligungsverfahren zu erwarten sei?

Früd Hinrichsen erklärt, dass man hoffe, dass dies noch vor den Sommerferien statffinde.

4. Fragen, Wünsche, Anregungen aus der Bevölkerung

1. Die Übergabe der Unterschriftenlisten erfolgt an Astrid Dietze (OAL). Ein Exemplar werde auch an die Bürgerschaft übergeben.

Carola Schirmer (Beiratssprecherin / Die Grünen) erklärt, dass sich der Beirat darüber verständige, wie diese weitergegeben würden.

2. Beschwerde zur Lautstärke in der Pauliner Marsch.

Stefan Schafheitlin erklärt, dass in der Pauliner Marsch seit einer Weile umgebaut würde. Der Baulärm sei unvermeidbar, aber auch langfristig. Umso wichtiger sei es, dass in diesem Naherholungsgebiet nicht noch zusätzlicher Lärm entstehe.

Das störe nicht nur die Menschen, sondern sei in diesem sensiblen Gebiet auch für die Tiere nicht förderlich. Der aktuelle Anlass sei die Gastronomie des Tennisclubs Rot Weiss. Von dort sei Lärm aus Lautsprechern gemeldet worden. Er bitte darum, hierzu mit den Verursachern das Gespräch zu suchen.

5. Verschiedenes

1. Astrid Dietze (OAL) weist noch auf zwei Anwohnendenversammlungen zu Kanalbaumaßnahmen hin, zu denen die Bürger herzlich eingeladen seien.

Peter Kadach erklärt, dass es durch den Tod von Klaus-Peter Jonitz zwei Änderungen gebe. Christian Lueße werde vom Bauausschuss in den Mobilitätsausschuss wechseln. Neu in den Bauausschuss gehen würde dann Richard Willich. Astrid Dietze lässt den Beirat über die Neuerungen abstimmen: Der Beirat stimmt den Änderungen einstimmig zu.

3. Veranstaltungsankündigung: Helmut Kersting (Beirat / Die Linke) informiert, dass der Verein erdwärme dich eV. In Kürze eine Veranstaltung macht.

4. Nachfrage zu Containerstandorten: hier totale Überfüllung an viele Standorten im Beiratsgebiet. Laut Ortsamt ist zu vermuten, dass dies an den Streiks bei Nehlsen liegt. Es würde aber nachgefragt.

5. Nachfrage Altkleider-Container: Ein Bürger, weist darauf hin, dass die Altkleidercontainer ein riesiges Problem seien. Viele seien nun abgebaut worden, der verbliebene in Hastedt sei immer voll. In Niedersachsen gebe es noch welche. Es müsste mal mitgeteilt werden, wo nun noch welche zu finden seien. Man könne nicht einfach alle Container abräumen, ohne mitzuteilen, wohin die Bürger nun mit ihren alten Kleidungsstücken sollten.